



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland **Koalition für große Aufgaben** Maßstab ist das Wohlergehen der Menschen

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag über zwei Auslandseinsätze der Bundeswehr entschieden und zugleich seine Vertreter in einer Reihe wichtiger Gremien gewählt. Im Zentrum unserer Plenarsitzungen stand aber die Aussprache über die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin. Angela Merkel hatte ihr drittes Kabinett bereits in der vergangenen Woche zu einer Auftaktklausur in Meseberg versammelt. Dort wurden nicht nur die Schwerpunkte der einzelnen Ressorts beraten, sondern auch wichtige Beschlüsse gefasst. So begrüßen wir es sehr, dass der Bundeswirtschafts- und -energieminister Eckpunkte zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vorgelegt hat. Sie setzen das um, was wir in den Koalitionsverhandlungen zu dem Thema durchgesetzt haben. Es ist gut, dass die SPD mit Eintritt in die Koalition nun konstruktiv an der Gestaltung der Energiewende mitarbeitet.

Weiter sind wir schon bei einem anderen Thema: Die Mütterrente kommt. Wir haben sie im Wahlkampf versprochen und werden die Verbesserungen jetzt zügig umsetzen. Die Finanzlage der Rentenversicherung war lange nicht so gut wie jetzt. In den Rücklagen der Rentenversicherung befinden sich unverbrauchte Steuermittel, die es der Koalition ermöglichen, die Rente für Mütter, die Kinder vor 1992 geboren haben, zu erhöhen. Wir haben die gesetzliche Rentenversicherung in den vergangenen Jahren auf eine gesunde Basis gestellt. Die Rücklagen betragen bereits Ende 2012 knapp 29 Milliarden Euro. Zum 1. Januar 2013 konnte der Rentenbeitrag bereits zum zweiten Mal in Folge gesenkt werden. Dies bedeutet eine jährliche Entlastung von mehr als sechs Milliarden Euro sowohl für Beschäftigte als auch für Arbeitgeber. Trotz der erneuten Beitragssenkung stiegen die Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung bis jetzt auf 32 Milliarden Euro an. Damit profitieren künftig Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen wie auch die Rentner selbst von der guten Entwicklung. Dieses Thema sollte aber nicht nur auf die Frage der Kosten verengt werden. Vielmehr sollten die Leistungen der Menschen mehr Beachtung und Würdigung finden. Zur Generationengerechtigkeit gehört es eben auch, die Erziehungsleistungen von Müttern und Vätern anzuerkennen, die mit ihren Beiträgen damals die Rente von heute gesichert haben. Ab Juli 2014 werden die erhöhten Renten für die Erziehung von vor 1992 geborenen Kindern gelten. Je nach Dauer des Gesetzgebungsverfahrens und der technischen Umsetzung kann es aber sein, dass die Zahlungen erst später aufgenommen werden können – das wird dann aber rückwirkend zum 1. Juli geschehen. Wir setzen das Versprechen um und lassen uns keine erneute Grundsatzdebatte um die Mütterrente aufzwingen.

Ohnehin gilt, dass wir mit dem Koalitionsvertrag eine gute Arbeitsgrundlage haben. Alles, was dort vereinbart ist, kann und wird umgesetzt werden. Das gilt auch für jene Punkte, die wir bei einer Alleinregierung nicht in unser Programm aufgenommen hätten. Aber wir sind vertragstreu, wie wir es auch von unserem neuen Koalitionspartner – und natürlich von jedem einzelnen Regierungsmitglied – erwarten. Wahr ist aber auch, dass einige Vorhaben einfacher als andere umzusetzen sind. Bei der von der SPD eingebrachten

abschlagfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren handelt es sich um eine komplexe Materie. Bis heute konnten noch nicht alle Details geklärt und alle Fragen zufriedenstellend beantwortet werden. Wir sind aber zuversichtlich, dass wir die im Koalitionsvertrag vorgesehene Lösung umsetzen können. An unserem Willen und konstruktiven Mitwirken wird es nicht fehlen.

Neben der Kanzlerin, die im Deutschen Bundestag die Generallinie ihrer dritten Amtszeit vorgestellt hat, haben in dieser Woche alle Ressort-Minister die Schwerpunkte ihrer Arbeit dargelegt. Solide Finanzen, Zukunftsinvestitionen und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts – das sind die Kernziele der Bundesregierung in den kommenden vier Jahren. Eine große Koalition ist eine Koalition für große Aufgaben. Dazu darf man die Energiewende, das Rentenpaket und die Haushaltskonsolidierung – um nur drei große Herausforderungen zu nennen – getrost zählen. Haushaltsanierung und Euro-Disziplin sind dabei nicht Selbstzweck, sondern unabdingbare Voraussetzungen für eine weitere gute Entwicklung unserer Wirtschaft und unseres Arbeitsmarktes. Mit aller Kraft werden wir auch weiter an der Bildungsrepublik Deutschland arbeiten. Daher stellen wir für Bildung, Wissenschaft und Forschung enorme Summen bereit und stellen diese nicht unter Finanzierungsvorbehalt. Gleiches gilt für die Unterstützung der Kommunen und den dringend benötigten Ausbau unserer Verkehrswege. Diese Impulse werden dem Land und den Menschen gut tun. Das Wohl der Menschen bleibt für uns weiterhin Maßstab unserer Politik. Wir müssen uns mit unserem Programm also wahrlich nicht verstecken.

In der Diskussion über angeblich unzureichende Minderheitenrechte wollen wir der Opposition Möglichkeiten verschaffen, die bisher nicht gewährt wurden. Die Rechte sollen nach unserer Vorstellung in einem Beschluss des Bundestages festgeschrieben werden, der für diese Wahlperiode gilt. Grüne und Linke gemeinsam könnten Sonder-sitzungen des Bundestages beantragen, sie hätten besondere Rechte bei der Anhörung von Gesetzentwürfen und sie könnten Untersuchungsausschüsse einsetzen. Wir haben Grünen und Linken schon jetzt zusätzliche Redezeit zur Verfügung gestellt, und wir werden auch ihre finanziellen Mittel erhöhen. Ebenso klar ist aber auch, dass das Wahlergebnis nicht durch immer mehr Minderheitenmöglichkeiten ins Gegenteil umgekehrt werden darf. Die Unionsfraktion hat 311 Abgeordnete, und auch diese haben das in der Verfassung verankerte Recht zu reden.

Mit den Wahlen für die noch offenen Fraktionsämter haben wir in dieser Woche die Konstituierung der Fraktion fortgesetzt. Wir haben Obleute für die Arbeit in den Ausschüssen sowie stellvertretende Ausschussvorsitzende gewählt. Auch Mitglieder unserer Landesgruppe wurden dabei wieder mit verantwortungsvollen Aufgaben betraut. Andreas Mattfeldt wurde zum Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Petitionsausschuss und Reinhard Grindel zum stellvertretenden Vorsitzenden des Sportausschusses gewählt. Wir sehen also auch personell weiter gut aufgestellt den Herausforderungen dieser Wahlperiode entgegen.

Die Woche im Parlament

Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin. Auf der Klausur in Meseberg hat die neue Bundesregierung die Grundlinien ihrer Politik bestimmt und die Schwerpunkte des ersten Jahres dieser Wahlperiode herausgearbeitet. Die Bundeskanzlerin hat dem Deutschen Bundestag daraufhin in dieser Woche die Schwerpunkte der dritten von ihr geführten Regierung dargelegt.

Aussprache zur Regierungserklärung. Neben der Generalaussprache zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin haben wir in dieser Woche außerdem die Politikfelder aller Ressorts debattieren. In den drei Tagen von Mittwoch bis Freitag haben alle Fachminister – wie z.B. unsere Bundesministerinnen Dr. Ursula von der Leyen und Prof. Dr. Johanna Wanka – die Leitlinien der von ihnen geplanten Arbeit dargestellt, über die der Bundestag anschließend jeweils intensiv diskutiert hat.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO auf Ersuchen der Türkei und auf Grundlage des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen) sowie des Beschlusses des Nordatlantikrates vom 4. Dezember 2012. Mit ihrer Präsenz haben die seit Anfang 2013 in der Türkei stationierten Flugabwehrraketen aus den Niederlanden, den USA und Deutschland zum Schutz der Türkei vor Angriffen aus Syrien beigetragen. Der Alliierte Oberbefehlshaber der NATO (SACEUR) hat in seinem turnusmäßigen Bericht vom 3. Dezember 2013 die Bedrohung der Türkei durch Syriens ballistische Kurz- und Mittelstreckenraketen als unverändert bewertet. Wir stimmen daher dem Antrag der Bundesregierung zu, den seit dem 4. Dezember 2012 bestehenden deutschen Beitrag zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO in der Türkei bis zum 31. Januar 2015 zu verlängern. Mit dieser defensiven Maßnahme unterstützen wir unseren NATO-Partner Türkei und beteiligen uns so am Schutz der türkischen Bevölkerung.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Operation ACTIVE ENDEAVOUR im gesamten Mittelmeer. Ebenfalls befristet verlängern wir die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von der NATO geführten Operation „Active Endeavour“. Bis zum 31. Dezember 2014 können bis zu 500 Soldaten im Rahmen der maritimen Terrorismusabwehr eingesetzt werden, die sich momentan vor allem auf Seeraumüberwachung und Lagebildaustausch beschränkt. Gegenüber früheren Mandaten wurde auf die Befugnisse zur Kontrolle des Seeverkehrs oder zur Unterstützung spezifischer Operationen der NATO verzichtet.

Wahlen zu Gremien. Der neue Bundestag setzt in dieser Woche die Besetzung der von ihm zu besetzenden Gremien fort. Dazu werden wir auf zwei Tage verteilt eine ganze Reihe von Wahlen durchführen. So ist der 'Gemeinsame Ausschuss' nach Art. 53a Grundgesetz, das so genannte Notparlament zu besetzen. Außerdem wählt der Bundestag seine Mitglieder des Vermittlungsausschusses, des Wahlprüfungsausschusses und in den Richterwahlausschüssen. Darüber hinaus besetzen wir weitere nach Grundgesetz oder Bundesgesetzen vorgesehene Gremien zur Ausübung der parlamentarischen Kontrolle des Regierungshandelns.

Debatte zur aktuellen Lage in der Ukraine. In einer aktuellen Stunde haben wir über die Lage in der Ukraine debattiert. Deutschland unterstützt alle Bemühungen für eine friedliche Lösung des dortigen Konflikts. Die Interessen der Opposition und der Menschen, die seit Wochen in Kiew und in weiten Teilen des Landes demonstrieren, sind berechtigt. Weil diese Menschen sich für die gleichen Werte einsetzen, die auch die Menschen in der Europäischen Union leiten, müssen sie Gehör finden. In dieser Woche machte die Führung unter Präsident Wiktor Janukowitsch erste Zugeständnisse. So wurden die umstrittenen Gesetze, die die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit einschränken sollten, wieder vom Parlament zurückgenommen. Die Regierung von Ministerpräsident Mykola Asarow trat geschlossen zurück. Auch eine Amnestie inhaftierter Regierungsgegner wurde beschlossen. Die Rücknahme der repressiven Gesetze zu Demonstrationsrecht und Meinungsfreiheit sowie der Rücktritt von Ministerpräsident Asarow sind ein erster Erfolg im Kampf der Ukrainer für Freiheit und Demokratie. Jetzt muss jede Chance ergriffen werden, um eine friedliche Lösung des Konflikts zu erreichen. Dafür muss vor allem die Rechtsstaatlichkeit im Lande weiter gestärkt werden. Die EU ist dagegen weiter offen für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine.

Daten und Fakten

Mehr Braunkohlestrom – weniger CO₂. Aus vorläufigen Zahlen der *Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen*, einem Zusammenschluss von Forschungsinstituten und Branchenverbänden, geht hervor, dass der Anteil der Braunkohle an der Stromerzeugung 2013 noch einmal um 0,8% höher lag als im Vorjahr. Der Anteil der Braunkohle an der Stromerzeugung betrug im Jahr 2013 demnach 25,8%. Der bisherige Tiefstwert wurde 2010 mit 23% erreicht. Beim gesamten Energieverbrauch inklusive Verkehr und Wärme lag der Braunkohleanteil 2013 bei etwa einem Zehntel. Allerdings emittieren die Kraftwerke in Deutschland weniger CO₂, weil alte Kraftwerke durch modernere und effizientere Anlagen abgelöst wurden. Demzufolge wird mehr Elektrizität mit weniger Kohle erzeugt. Die Braunkohlestromproduktion stieg auf 162 Mrd. Kilowattstunden, doch die dafür eingesetzte Menge Braunkohle sank nach Angaben des Bundesverbandes Braunkohle um 2% auf 182 Mrd. Tonnen. Die aus Braunkohleerzeugung verursachten Emissionen sanken entsprechend. Gegenüber 1990 hat Deutschland seine Emissionen um mehr als die versprochenen 21% reduziert.

(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Januar 2014)

Syrienkonflikt. Seit Beginn des Bürgerkrieges sind fast drei Jahre vergangen. Mittlerweile sind 9,3 Mio. Menschen innerhalb Syriens auf humanitäre Hilfe angewiesen, nahezu die Hälfte der syrischen Bevölkerung, 2,3 Mio. Syrer sind bisher ins Ausland geflohen. 6,5 Mio. Menschen wurden durch den Konflikt zu Binnenvertriebenen. Der Libanon beherbergt mit aktuell 880.000 Menschen mehr als ein Drittel der syrischen Flüchtlinge in der Region. Laut der libanesischen Regierung sind zudem 1,5 Mio. Libanesen vom Bürgerkrieg in Syrien betroffen. Erwartet wird, dass die Zahl der Flüchtlinge in Jordanien bis Ende 2014 auf 800.000 zunimmt, was dann 13% der Bevölkerung insgesamt ausmacht. Aktuell befinden sich 563.008 Syrer in Jordanien. Die Türkei nahm bisher 536.371 Flüchtlinge aus Syrien auf, die in 21 Camps sowie bei türkischen Verwandten Zuflucht gefunden haben. Ende 2013 wurden 206.000 Syrer im Irak vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) registriert. Der Irak hat seine Grenzen Ende 2013 für syrische Flüchtlinge geschlossen und nimmt weitere Syrer nur noch im medizinischen Notfall auf. 128.823 Syrer haben in Ägypten Zuflucht gefunden. In Folge der Verschärfung der Einreisebestimmungen Ende Juni 2013 nahm der Zustrom der Syrer in Ägypten ab. Die Aufnahme von Millionen syrischer Flüchtlinge stellt die fragile Region vor enorme soziale und wirtschaftliche Herausforderungen. Aktuell arbeiten 150 Hilfsorganisationen in den fünf Ländern, um die Versorgung der Flüchtlinge zu gewährleisten. Die Vereinten Nationen beziffern den humanitären Bedarf in Syrien für 2014 auf 2,27 Mrd. US-Dollar. Für die umliegenden Länder liegt der Bedarf bei 4,2 Mrd. US-Dollar. Deutschland gehört zu den größten bilateralen Gebern. Seit 2012 hat unser Land nach Informationen des Auswärtigen Amtes 440 Mio. Euro für humanitäre Hilfsleistungen zu Verfügung gestellt. Neben der Arbeit des UNHCR werden insbesondere Projekte deutscher Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Diese Hilfe soll aktuell mit 80 Mio. Euro zusätzlich ausgeweitet werden. 20.000 syrische Flüchtlinge haben seit 2011 in Deutschland Aufnahme gefunden. In einem gesonderten Programm werden 10.000 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge gezielt aufgenommen. Zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen hat Deutschland die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCA) mit 5 Mio. Euro unterstützt.

(Quelle: Auswärtiges Amt, UNHCR)

 Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Enak Ferlemann MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de